

Anke Christine Lerch

Parlaments- wahlen und Regierungsneubildung in Senegal

Am 29. April 2001 fanden in Senegal vorgezogene Neuwahlen zum Parlament statt. Neu zu bestimmen waren die 120 Abgeordneten der Assemblée Nationale, deren Mandat eigentlich noch bis zum Jahr 2002 gedauert hätte. Präsident Abdoulaye Wade, der im Vorjahr in sein Amt gewählt worden war, nutzte sein ihm verfassungsmäßig zustehendes Recht zur Anordnung vorzeitiger Neuwahlen, um sich auch im Parlament einer Mehrheit vergewissern zu können.

Im März 2000 war es bei den Präsidentschaftswahlen zu einem vielbeachteten Regierungswechsel in Senegal gekommen. Nach vierzig Jahren ununterbrochener Herrschaft war es dem Parti Socialiste nicht gelungen, ihrem Präsidentschaftskandidaten, dem damals amtierenden Präsidenten Abdou Diouf wiederum zum Sieg zu verhelfen. Zu groß war in der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit der Regierung gewesen, und die Hoffnung auf eine Veränderung trug den langjährigen Oppositionsführer Abdoulaye Wade zum Sieg.

Der neu gewählte Präsident sah sich jedoch einer überwältigenden Mehrheit des Parti Socialiste im Parlament gegenüber. Auch wenn diese ihm im ersten Jahr seiner Regierungszeit keine größeren Steine in den Weg legte, wollte er klare Verhältnisse schaffen und setzte Neuwahlen für den 29. April 2001 an.

Das Charisma des Präsidenten und der noch aus dem Präsidentschaftswahlkampf populäre Slogan „SOPI“ (= Wandel / Veränderung in der Landessprache „Wolof“) sorgten auch diesmal wieder für ein überwältigendes Vertrauensvotum für den Präsi-

Die Popularität des im vergangenen Jahr ins Amt gewählten Präsidenten trug seine Wahlallianz bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 29. April 2001 zum Sieg. Der Slogan SOPI (Wandel, in der Landessprache „Wolof“) als Ausdruck des Wunsches der Bevölkerung nach politischer und gesellschaftlicher Veränderung nach 40 Jahren Herrschaft der sozialistischen Partei verfehlte auch diesmal nicht seine Wirkung. Begünstigt durch das Wahlsystem kann sich der Präsident nunmehr auf eine Dreiviertelmehrheit in der Assemblée Nationale stützen. Die Regierungsumbildung nach den Parlamentswahlen stand jedoch weniger im Zeichen parteipolitischer Kriterien, sondern gehorchte der Forderung nach fachlicher Kompetenz. Die pragmatisch orientierte Regierungsbildung und die komfortable Mehrheit im Parlament geben dem Visionär Wade nun die Chance, der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Senegals neue Impulse zu geben.

ten und seine Wahlallianz SOPI unter Führung der Partei PDS.

■ **Knappe Dreiviertelmehrheit für Koalition des Präsidenten**

Im neuen Parlament wird sich Präsident Wade mit seiner eigenen Allianz SOPI auf eine knappe Dreiviertel-Mehrheit stützen können. Nach dem offiziellen Endergebnis der Parlamentswahlen vom 29. April verteilen sich die 120 zu vergebenden Parlamentssitze wie folgt:

Liste	Mandate	Name der Partei
Liste SOPI	89	Parteienbündnis unter der Führung der PDS (Parti Démocratique Sénégalais), der Partei des Präsidenten Abdoulaye Wade
AFP	11	Alliance des Forces de Progrès (Partei des im Februar entlassenen Premierministers Moustapha Niase)
PS	10	Parti Socialiste (Regierungspartei von der Unabhängigkeit 1960 bis zu den Präsidentschaftswahlen im März 2000)
URD	3	Union pour le Renouveau Démocratique (Abspaltung der PS unter Führung von Djibo Ka)
AJ/PADS	2	And Jef / Parti Africain pour la Démocratie et le Socialisme (Landing Savané)
PLS	1	Parti Libéral Sénégalais
PPC	1	Parti pour le Progrès et la Citoyenneté
Jef-Jel	1	Alliance Jef Jel
RND	1	Rassemblement National Démocratique
PIT	1	Part de L'Indépendance et du Travail

Da das Wahlsystem eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht darstellt, wobei die Elemente des Mehrheitswahlrechts wesentlich stärker sind, spiegelt die unerwartete Dreiviertel-Mehrheit des SOPI-Bündnisses im Parlament die Kräfteverhältnisse der Parteien bei der Wählerschaft jedoch nur bedingt wider. SOPI konnte in fast allen Departments die Mehrheit und damit alle dort direkt zu vergebenden Parlamentssitze erringen. Nur ein Department, Nioro du Rip, Heimat des AFP-Vorsitzenden Moustapha Niase, ging an die AFP, ein weiteres, Linguère, an die URD von Djibo Ka, der dort zuhause ist.

In Prozenten ergibt sich landesweit folgendes Bild:

SOPI	49,58 %
PS	17,36 %
AFP	16,13 %
AJ/PADS	4,05 %
URD	3,67 %

Alle anderen 20 (!) Gruppierungen, die sich zur Wahl stellten, erreichten zusammen weniger als zehn Prozent der Stimmen. Keine einzige, auch nicht die jeweils mit einem Sitz im Parlament vertretenen Parteien, erreichte auch nur einen Stimmenanteil von einem Prozent. Eine genaue Liste der Ergebnisse befindet sich im Anhang zu diesem Bericht.

■ Wahlsystem

65 Parlamentssitze wurden nach dem Direktwahlsystem vergeben, 55 nach dem Verhältnisprinzip. Der Wähler hat allerdings nur eine Stimme und kann seine Stimme also nicht zwischen Direktkandidat und Liste splitten. Die Liste, die in einem Departement die meisten Stimmen auf sich vereinigt, erhält alle Sitze für dieses Departement. Dabei schwankt die Anzahl der Parlamentssitze pro Departement zwischen einem und fünf. Dieselbe Stimme wird dann anschließend für die proportional zu vergebenden Sitze gezählt, die nach einer nationalen Liste vergeben werden.

Die 55 proportional zu vergebenden Sitze werden folgendermaßen verteilt: Zunächst wird ermittelt, wie viele Stimmen rechnerisch für einen dieser Sitze erforderlich sind. Dies ergab eine Zahl von 34 160. Anschließend werden die Stimmen, die eine Liste erhalten hat, durch diesen Quotienten geteilt. Dabei werden nur ganze Zahlen berücksichtigt, ein eventuell verbleibender Rest wird notiert. Da diese Rechenoperation in den seltensten Fällen genau „aufgeht“, bleiben einige nicht verteilte Parlamentssitze und praktisch bei jeder Partei ein Teilungsrest übrig. Diese verbliebenen Sitze werden dann nach dem „Prinzip des größten Restes“ verteilt. Das heißt, die Liste mit dem größten Teilungsrest bekommt den ersten noch zu vergebenden Sitz, die mit dem nächstgrößten den zweiten usw.

Da es keine wie auch immer geartete Eingangshürde für den Einzug ins Parlament gibt und alle Listen berücksichtigt werden, können auf diese Art auch Parteien ins Parlament einziehen, die weniger als ein Prozent der Stimmen erhalten haben. So ging der letzte Sitz an den PIT, der nicht mehr als 10 854 Stimmen, entsprechend 0,57 Prozent erreichte.

Überhang- und Ausgleichsmandate sind ebenfalls nicht vorgesehen, sodass sich für die Liste SOPI des Präsidenten Abdoulaye Wade, die in fast allen Departements die Mehrheit und damit 62 von 65 direkt zu vergebenden Mandaten errang und zusätzlich noch einmal 27 der proportional nach der Nationalen Liste zu vergebenden Mandate erhielt, eine überwältigende Mehrheit im Parlament ergab.

Dieses System ist nicht neu in Senegal und führte in der Vergangenheit zu ähnlich großen Mehrheiten für den Parti Socialiste. Nach der jetzigen Wahl reichte Präsident Wade jedoch Klage beim Verfassungsgericht dagegen ein, dass die kleinen Parteien, die nicht einmal die für einen Sitz rechnerisch erforderliche Stimmenzahl erreichen, bei der Sitzverteilung berücksichtigt werden. Dies sei undemokratisch und würde den Wählerwillen verfälschen. Voraussichtlich wird er mit der Klage jedoch keinen Erfolg haben, da das angewandte Verfahren dem geltenden Wahlgesetz entspricht. Im Grunde läuft seine Klage auf die Einführung einer Eingangshürde hinaus, diese wird er jedoch nur über eine ohnehin vorgesehene Reform des Wahlrechts, die auf der politischen Agenda der nächsten wahlfreien Jahre steht, erreichen können.

■ **Wahlbeteiligung**

Die Wahlbeteiligung war mit 67,39 Prozent für senegalesische Verhältnisse recht hoch. Einschränkend muss dazu jedoch bemerkt werden, dass die Gesamtzahl der eingeschriebenen Wähler nur bei 2 804 352 liegt. Bei einer Bevölkerungszahl von rund zehn Millionen dürfte die Zahl der theoretisch wahlberechtigten Bürger wesentlich höher liegen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass über die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahren alt ist, ist davon auszugehen, dass die Zahl der Wahlberechtigten in der Größenordnung von vier bis 4,5 Millionen liegen dürfte.

Hier wirkt sich das außerordentlich umständliche und komplizierte Verfahren zur Einschreibung in die Wählerlisten negativ aus. Einschreiben kann sich der Wähler immer nur in einem bestimmten Zeitraum, der häufig mehrere Monate vor dem eigentlichen Wahltermin liegt, zu einem Zeitpunkt, an dem die wenigsten bereits für die anstehenden Wahlen sensibilisiert sind.

Zur Einschreibung muss sich der Wahlwillige zu seiner zuständigen Gemeindeverwaltung begeben, sich dort mit seinem Personalausweis ausweisen und sich eintragen lassen. Wochen später muss er wieder dorthin gehen, um seine Wahlberechtigungskarte persönlich, wieder unter Vorlage seines Ausweises, abzuholen. Häufig entstehen Irrtümer, die Karte liegt noch nicht vor oder wurde versehentlich an ein falsches Gemeindebüro gesandt, so dass es nicht ungewöhnlich ist, dass der Wähler mehrmals die Verwaltung aufsuchen muss, bis er seine Wahlkarte erhält. Diese muss er dann bis zum Wahltermin aufheben und bei der Stimmabgabe zusammen mit seinem Ausweis vorlegen.

Viele Senegalesen besitzen überhaupt keinen Personalausweis, und sollte sich jemand angesichts der anstehenden Wahlen entschließen, sich einen solchen Ausweis zu besorgen, hat er eine weitere wochenlange bürokratische Prozedur vor sich, um die dafür notwendigen Papiere zu besorgen. Angesichts dieser Mühen ist es nicht verwunderlich, dass vor allem im ländlichen Raum viele Bürger auf ihr Wahlrecht verzichten.

Eine deutsche Entwicklungsorganisation hatte deshalb im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem senegalesischen Innenministerium eine groß angelegte Kampagne gestartet, mit der für die Einschreibung in die Wählerlisten geworben wurde. Diese Kampagne war sehr erfolgreich, innerhalb kurzer Zeit stieg die Zahl der wöchentlichen Neueinschreibungen deutlich an. Trotzdem zeigt die verhältnismäßig geringe Gesamtzahl der eingeschriebenen Wähler deutlich, dass das Verfahren zur Teilnahme an der Wahl vereinfacht werden muss, um den gewählten Vertretern die notwendige starke demokratische Legitimation zu geben.

■ Wahlverfahren

Die Zahl der ungültigen Stimmen war mit 11 082 im Vergleich zu früheren Wahlen gering. Das angewandte Verfahren der Stimmabgabe ist simpel, auch wenn es sehr umständlich erscheint und viel Raum für Manipulationen bietet: Im Wahllokal liegen die Stimmzettel für alle kandidierenden Listen aus. Der Wähler ist verpflichtet, alle Stimmzettel einzusammeln (in diesem Fall 25) und in die Wahlkabine mitzunehmen. Dort wählt er dann einen Zettel aus, steckt diesen in den Wahlumschlag und den Umschlag in die Urne. Alle nicht benutzten Zettel wirft er in einen bereitstehenden Abfallbehälter.

Begründet wird dieses in vielen Ländern Westafrikas übliche System damit, dass der große Teil der Lesens und Schreibens unkundigen Bevölkerung Schwierigkeiten haben könnte, auf einem einheitlichen Wahlzettel die Partei seiner Wahl anzukreuzen. Einfacher sei es, die farblich unterschiedlichen Stimmzettel auseinander zu halten.

Tatsächlich liegen die Schwierigkeiten auf Seiten der Wahlbehörde, die – wie bei der jetzigen Wahl – 25 verschiedenfarbige Wahlzettel produzieren muss, wobei noch Farbwünsche der Parteien zu berücksichtigen sind. Drucktechnische Grenzen führen dazu, dass sich mehrere Wahlzettel sehr ähnlich sehen und der Wähler doch nach den aufgedruckten Parteisymbolen oder dem Bild des Listenführers, das ebenfalls aufgedruckt ist, suchen muss.

Manipulationen einfachster Art sind auch nicht auszuschließen. So ist es denkbar, mehrere gleiche Zettel in denselben Umschlag zu stecken, denn beim Einsammeln der Zettel wird häufig nicht genau darauf geachtet, dass jeder nur einen Zettel von jeder Sorte nimmt. Dies könnte beim Öffnen der Umschläge übersehen werden. Auch das Prinzip der geheimen Wahl ist mit diesem Verfahren nicht gewährleistet, da die nicht benutzten Wahlzettel im Papierkorb für jeden nachfolgenden Wähler zugänglich sind.

Von früheren Wahlen wird berichtet, dass in Fällen von Stimmenkauf der Wähler zum Beweis, dass er eine bestimmte Partei gewählt habe, die nicht benutzten Stimmzettel mitgenommen und dem Stimmenkäufer vorgelegt habe, um den vereinbarten Geldbetrag zu erhalten.

Auch auf Seiten des für die Wahlen zuständigen Innenministeriums ist man sich dieser Schwächen des Wahlverfahrens bewusst und strebt bei einer Reform des Wahlrechts auch die Einführung eines einheitlichen Stimmzettels zum Ankreuzen an.

■ **Friedlicher und ruhiger Verlauf der Wahlen**

Der Wahlkampf und der Wahltag selbst verliefen im Gegensatz zu früheren Parlamentswahlen völlig ruhig. Es gab keine Berichte über irgendwelche größeren Störungen oder Unregelmäßigkeiten. In dem einen oder anderen Wahlbüro trafen die Stimmzettel zu spät ein oder ein Büro öffnete zu spät. Dies hat jedoch nicht zu Beanstandungen geführt, sondern die Wähler haben geduldig gewartet, bis sie ihre Stimme abgeben konnten. Auch von Seiten der internationalen Wahlbeobachter wurde keine Kritik laut. Im Gegenteil: der friedliche und ordnungsgemäße Verlauf der Wahlen wurde allgemein gelobt.

In den vergangenen Jahren war es bei den Parlamentswahlen immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, und Berichte über Unregelmäßigkeiten bei der Stimmangabe und bei der Stimmauszählung waren häufig.

Es hatte im Wahlkampf allerdings einigen Streit über die Frage gegeben, inwieweit sich der amtierende Präsident in den Wahlkampf einmischen dürfe. Es wurden Stimmen laut, die es für unlauter hielten, dass der Präsident, der Präsident des gesamten Volkes sein sollte, sich im Wahlkampf für eine Partei bzw. eine Liste engagierte, da er als Person ja nicht selbst kandidierte. Verständlicherweise wollte die Gruppierung SOPI aber die Popularität ihrer Führerfigur Wade nutzen.

So reichte SOPI einen ersten Entwurf für den Stimmzettel der Liste SOPI ein, der ein Porträtfoto des Präsidenten Abdoulaye Wade in der linken oberen Ecke vorsah. Alle Listen haben das Recht, ihren Parteiführer mit einem Foto auf dem Stimmzettel abzubilden, davon ausgehend, dass dies der Spitzenkandidat der Liste ist. Da Wade ja aber nicht selbst kandidierte, untersagte die Wahlkommission diesen Entwurf, so dass auf dem SOPI-Stimmzettel der weniger populäre Idrissa Seck abgebildet werden musste. SOPI und die Partei PDS hatten dann wohl

doch Bedenken, den Präsidenten mit Foto und Namensnennung allzu offen in ihre Werbung einzu- beziehen und warben mit einem Plakat, auf dem der Schattenriss von Wade im Hintergrund zu sehen war, während im Vordergrund der Wahlzettel SOPI abgebildet war, zusammen mit dem Slogan: Für SOPI mit ihm.

Dass der Präsident, der bei den Parlamentswahlen gar nicht zur Wahl steht, nicht auf dem Wahlzettel abgebildet werden darf, ist nachzuvollziehen. Weniger einleuchtend erscheint die Forderung, dass der Präsident sich nicht zugunsten seiner eigenen Partei im Wahlkampf engagieren solle. Schließlich war er vor einem Jahr als langjähriger Oppositionsführer und Vorsitzender des PDS in das Amt des Staatspräsidenten gewählt worden, das kein nur repräsentatives Amt ist, sondern die politische Führung der Regierung bedeutet. Die Forderung, der Präsident habe sich aus dem Wahlkampf herauszuhalten, erscheint als schwacher Versuch der Opposition, Wades Popularität zu beschneiden.

■ **Wade und SOPI als Hoffnungsträger**

Der erdrutschartige Sieg der Parteienkoalition um den Präsidenten Abdoulaye Wade war zwar nicht in dieser Höhe erwartet worden, an seinem Sieg bei den Parlamentswahlen hatte jedoch niemand ernsthaft gezweifelt. Wade profitiert immer noch von seinem Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen, der von vielen Senegalesen als Beginn einer neuen Ära empfunden wird.

Wade ist nach wie vor Hoffnungsträger. Der Wunsch nach Veränderung nach vierzig Jahren ununterbrochener Herrschaft des Parti Socialiste, der ihn im vergangenen Jahr den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen eintrug, hat ihm auch diesmal wieder die Mehrheit beschert. Dass Wade im ersten Jahr seiner Regierung noch keine besonderen Erfolge vorweisen kann, tut dabei seiner Popularität keinen Abbruch. Der Vertrauensvorschluss, den er genießt, ist noch groß genug. Ihm wird allgemein zugute gehalten, dass er im ersten Regierungsjahr, in dem er gegen eine PS-Mehrheit im Parlament habe regieren müssen, auch keine Möglichkeit gehabt habe, Reformen durchzusetzen.

■ Die Allianz SOPI

Vor den Parlamentswahlen waren in Senegal insgesamt 65 Parteien registriert. 24 Parteien traten bei der Wahl mit eigenen Listen an und vierzig Parteien schlossen sich der liberalen Partei (PDS) des amtierenden Staatspräsidenten Wade an. Bei diesen handelt es sich überwiegend um absolute Kleinstparteien, die mit einer eigenen Liste keine realistische Chance gehabt hätten, jemals im Parlament vertreten zu sein. Auf diese Weise hat die SOPI-Allianz beinahe alle Parteien absorbiert, und nur wenige der in ihr vereinten politischen Formationen konnten ihre Identität bewahren.

Die der Partei des Staatspräsidenten schon lange verbundene LD/MPT des Universitätsprofessors Abdoulaye Bathily erhielt bei der Regierungsumbildung nach den Parlamentswahlen außer dem PDS als einziges Mitglied der SOPI-Allianz zwei Ministerien: Öffentlicher Dienst, Arbeit und Beschäftigung sowie Städtebau. Der Parteiführer selbst übernahm allerdings keines dieser Ministerien, um sich weiterhin der Führung der Partei widmen zu können. Die LD/MPT hat durch die Beteiligung an der SOPI-Allianz eine Reihe von guten Listenplätzen und Abgeordnetenmandate (6) erhalten, aber dennoch ein Stück Identität aufgeben müssen. Bathily versucht nun offenbar, sich nicht durch eine persönliche Regierungsbeteiligung allzu sehr mit der Koalition zu identifizieren, sondern als Vorsitzender die Partei als solche am Leben zu erhalten.

Beinahe alle anderen kleinen Parteien in der Koalition erhielten derart unattraktive Listenplätze, dass sie von vornherein von jeder Chance auf einen Parlamentssitz ausgeschlossen waren. Dies sorgte für Enttäuschungen, sodass beispielsweise die URD-Fal, die keinen Parlamentssitz erlangte, aus der SOPI-Allianz wieder austrat. Voraussichtlich werden viele der kleinen Parteien in Zukunft entweder in der PDS auf- oder ganz untergehen. Diese Perspektive wird von vielen Beobachtern begrüßt, die in der ausufernden Parteienlandschaft nicht ein Indiz für Demokratisierung, sondern eine unnötige Verschwendung politischer Energien sehen. Deutlich wurde zumindest, dass die Tatsache, mit einer eigenen Partei mit der stärksten Partei eine Allianz einzugehen, nicht

unbedingt zum Ziel einer Regierungsbeteiligung oder Stimme im Parlament führt.

Die religiös orientierten Parteien, die teilweise mit islamischem Fundamentalismus in Verbindung gebracht werden, konnten sich auch als Mitglied der SOPI-Allianz nicht behaupten, sehr zu Erleichterung der Verfechter des laizistischen Staatskonzepts.

■ **Schwaches Abschneiden der Sozialisten**

Überraschend ist das schlechte Abschneiden des Parti Socialiste bei den Parlamentswahlen. Auch in ihren bisherigen Hochburgen gelang es dem PS nicht, auch nur annähernd an ihre früheren Stimmanteile heranzureichen. Kein einziges Department konnte von ihnen gewonnen werden und damit keines der 65 Direktmandate. Der Parti Socialiste steht in den Augen der Wähler seit den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr als Verlierer da. Er hat es nicht geschafft, sich wieder als starke politische Kraft zu profilieren, die auch ohne den Präsidenten zu stellen in der Lage ist, die Politik des Landes mitzubestimmen bzw. politische Alternativen zu entwickeln.

Etliche Mitglieder und auch hohe Funktionäre verließen im Laufe des letzten Jahres das „sinkende Schiff“ PS und schlossen sich dem PDS von Präsident Wade an. Sie folgten dem „Ruf der Macht“, ein in Afrika nicht ungewöhnliches Phänomen. Grotesk wirkten teilweise die Begründungen. Lokale Parteigrößen erklärten, ihre Basis habe von ihnen verlangt, jetzt Abdoulaye Wade zu unterstützen, so dass sie die Partei hätten wechseln müssen.

Nach dem Schock der Wahlniederlage vom März 2000 hat sich der Parti Socialiste in keiner Weise wieder konsolidiert. Abdou Diouf, der bei der Präsidentschaftswahl unterlegene damalige amtierende Präsident, ist nach wie vor offiziell der Vorsitzende des PS, obwohl er bereits zwei Wochen nach seiner Wahlniederlage das Land verlassen hat und seitdem in Paris lebt. Seit seiner Abreise hat er Senegal nicht wieder betreten und öffentlich erklärt, dass er sich aus der Politik zurückziehe. Trotzdem hat der PS noch keinen neuen Vorsitzenden gewählt, und der eigentlich anstehende Parteitag wurde jetzt auf die Zeit nach den Kommunalwahlen verschoben, die im November stattfinden sollen. Dies zeigt, dass es der

Partei offenbar an Führungspersönlichkeiten und politischen Konzepten fehlt, die sie der Welle der Begeisterung für Abdoulaye Wade entgegensetzen könnten.

■ **AFP als zweite Kraft**

Auch der AFP (Alliance des Forces Progrès) des ehemaligen Ministerpräsidenten Moustapha Niassé war ein etwas besseres Abschneiden bei den Parlamentswahlen zugetraut worden. Niassé, der früher hohe Ämter in der Regierung des Parti Socialiste bekleidet hatte, war erst wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl aus dem PS ausgetreten, hatte seine eigene Partei gegründet und bei den Präsidentschaftswahlen selbst kandidiert. Im zweiten Wahlgang, der die Entscheidung zwischen Abdou Diouf und Abdoulaye Wade brachte, unterstützte er Wade, der ihn anschließend zum Premierminister machte.

Im Februar 2001 zerbrach diese Koalition, da beide Seiten offenbar lieber alleine in den Parlamentswahlkampf ziehen wollten. Niassé gilt vielen Intellektuellen in Senegal als der besonnenere und erfahrener Politiker. Er hat es jedoch versäumt, sich gegenüber dem charismatischen Wade mit einer eigenen Politik zu profilieren. So lange er noch in der Regierung Wade Premierminister war, hat er stets Solidarität geübt und auch nach seinem Ausscheiden der Regierung sich mit Kritik an derselben sehr zurückgehalten. Vielfach war daher auch vermutet worden, dass die AFP wieder eine Koalition mit dem PDS bzw. der Wahlallianz SOPI eingehen würde.

Im Parlament ist die AFP mit elf Sitzen nun die zweitstärkste politische Kraft. Ein weiterer herber Schlag für den Parti Socialiste, der sich immerhin Hoffnungen auf den Status des Oppositionsführers gemacht hatte.

■ **Kleine Parteien in Regierung und Opposition**

Die Partei AJ/PADS unter Führung des Industrie- und Handwerksministers Landing Savané lag bei bisherigen Wahlen immer leicht vor der Partei Bathily (Ld/Mpt), der sich der SOPI-Allianz angeschlossen hatte. Bei den Parlamentswahlen liierte sich Savané jedoch nicht mit dem PDS, obwohl seine Partei mit drei Ministern in der Regierung vertreten war, son-

dern AJ/PADS trat mit einer eigenen Liste an. Dieses Selbstbewusstsein hat wieder einmal den Ruf der Partei als unabhängige und unbestechliche Kraft bestätigt: Schon zu Zeiten Abdou Dioufs hat AJ/PADS dessen Angeboten zur Regierungsbeteiligung widerstanden, während der PDS, die Ld/Mpt und andere Parteien gerne den Rufen in die Regierung gefolgt sind. Abdoulaye Wade selbst war zeitweise Staatsminister unter Diouf im Rahmen einer Regierung der nationalen Einheit.

Bei den diesjährigen Parlamentswahlen hat die Eigenständigkeit der AJ/PADS dieser Partei allerdings, zahlenmäßig betrachtet, nicht zum Vorteil gereicht. Die Partei konnte lediglich zwei Parlamentssitze erringen, und bei der Regierungsneubildung nach den Parlamentswahlen wurden Savané nur noch zwei Ministerposten angeboten.

AJ/PADS und Ld/Mpt sind die einzigen als kleiner zu bezeichnende Parteien, die es bei den Parlamentswahlen auf mehr als einen Parlamentssitz gebracht haben. Überproportional viele Parlamentssitze erhielten hingegen fünf der mit eigenen Listen kandidierenden Kleinstparteien auf Grund der Verteilung der Parlamentssitze nach dem „Prinzip des größten Restes“. Von diesen Parteien haben nur der PIT von Abdoulaye Dansokho und der RND von Madior Diouf eine lange politische und historisch wichtige Tradition in Senegal.

Die Parteineugründungen der Dissidenten großer Parteien Mbaye Jacques Diop mit dem PPC sowie Ousmane Ngom mit dem PLS oder Talla Sylla mit JEF/JEL haben entgegen allen Erwartungen einen der Restsitze erhalten und damit die These widerlegt, dass eine brandneue Kleinstpartei allein keine Chance hat.

■ **Machtkalkül und politische Nomaden**

Der im Jahr 2000 mit der Präsidentenwahl einhergegangene Machtwechsel hat zu einer politischen Kettenreaktion geführt. Politisches Engagement unterliegt in Senegal häufig sehr pragmatischen, das heißt materiellen, Interessen und weniger politischen Idealen oder Ideologien. Wie sonst ist die Koalition von kommunistischen oder islamistischen Parteien mit einer liberalen Formation vorstellbar? Besonders

deutlich aber wird die Anziehungskraft der Macht im Licht der Wanderbewegungen vieler Politiker zwischen den Parteien, immer in Richtung der Regierungspartei. In Senegal wird dieses Verhalten politisches Nomadentum genannt, die wechselnden Politiker Zugvögel.

Dieses Phänomen existiert schon seit mehreren Jahren, seit Oppositionsparteien ein gewisses Machtpotential in einigen Wahlkreisen erhielten. So wurde der Fall des Bürgermeisters von Sedhiou berühmt, der nach jahrzehntelanger PS-Mitgliedschaft vor den Kommunalwahlen 1996 in den PDS wechselte, da er keinen akzeptablen Listenplatz beim PS erhalten hatte – er wurde wieder Bürgermeister, diesmal als PDS-Mitglied. Im Vorfeld der Präsidentenwahlen 2000 unterlag er jedoch einer falschen Einschätzung: auf Abdou Diouf als Wahlsieger setzend, wechselte er abermals die Partei und ging zum PS zurück, die aber verlor.

Viele andere Parteiwechsler hingegen gewannen eindeutig bei ihren politischen Machtmanövern. Nach den Präsidentschaftswahlen, die eine Koalition an die Regierung trugen, waren der PDS des Staatspräsidenten und die AFP des Premierministers sehr populär, was ihnen einen sprunghaften Mitgliederzuwachs bescherte. Die Zeitungen füllten sich mit Skandalen von hohen PS-Funktionären, die über Nacht das politische Camp wechselten, wie zum Beispiel der ehemalige Senatspräsident Abdoulaye Diack.

Genau mitzuverfolgen war das Gesetz der Anziehungskraft der Macht in den Tagen nach dem Regierungsaustritt der AFP im März dieses Jahres. In kürzester Zeit traten zahlreiche Parteimitglieder aus der AFP aus und in den PDS ein – Aufnahmekriterien brauchen nicht berücksichtigt zu werden, Mitgliederzahlen und Wählerstimmen allein zählen. Allerdings tat die regierende Partei ihrerseits auch einiges, um bekannte Politiker abzuwerben – recht handfeste materielle Gründe zum Parteiwechseln fehlten nicht.

Die Frage der politischen Ethik stellte sich besonders deutlich im Falle des Vorsitzenden der Vereinigung der Präsidenten der Gemeinderäte, Alé Lô. Dieser stand vor den Parlamentswahlen auf zwei Listen, denen des PS und des PDS. Seit Beginn seiner politischen Karriere war Lô Mitglied des PS gewesen

und wurde als solches auf seinen Posten gewählt. Am Stichtag der Listenabgabe an das Innenministerium wechselte Lô plötzlich die Partei. Er sprach von langen Verhandlungen mit dem PDS und behauptete, den PS früh genug informiert zu haben. Schließlich konnte jedoch nachgewiesen werden, dass die Regierungspartei sich nicht hatte lumpen lassen, um dieses politische Schwergewicht zum Wechsel zu bewegen. Der PS versuchte dann, den Ausschluss Lôs von allen Listen zu erwirken, ohne Erfolg. Mit dem hervorragenden 18. Listenplatz beim PDS kam Lô müheelos ins Parlament, musste allerdings seinen Posten als Vorsitzender der Vereinigung der Präsidenten der Gemeinderäte aufgeben.

Anekdoten dieser Art bieten der Presse und den täglichen Gesprächen Material im Überfluss. Diskussionen um politische Moral und Ethik reißen nicht ab, Opportunismus und politische Käuflichkeit werden öffentlich angeprangert und gegeißelt – an den politischen Sitten änderte dies bislang nichts. Solange politische Macht und materielle Vorteile Synonyme sind, und ein Ende dieses Zustandes ist nicht abzusehen, werden politische Moral und Redlichkeit weiterhin mit Naivität oder gar Dummheit gleichgesetzt. Diese Meinung vertritt selbstredend niemand öffentlich, sie prägt jedoch das soziale und politische (Unter-)Bewusstsein.

■ **Neubildung der Regierung**

Nach den Parlamentswahlen bildete Staatspräsident Wade seine Regierung um. Seine aus mehr als vierzig Parteien zusammengesetzte Parteienallianz stellte ihn naturgemäß bei der Regierungszusammensetzung vor schwierige Probleme. Wade musste einer Reihe Anforderungen und Erwartungen gerecht werden und fand dabei eine Lösung, die zwar nicht optimal, aber zunächst lebensfähig ist. Die wichtigsten Merkmale der neuen Regierung sind eine starke Ausrichtung an Fachkompetenz und Berufserfahrung bei der Ministerwahl sowie eine Reduzierung und Umstrukturierung der Ministerien.

■ **Die neue Regierung – ein Kompromiss**

Der Posten des Premierministers wurde wieder mit der Richterin Mame Madior Boye besetzt. Das nun

reduzierte Kabinett besteht aus 24 Ministern, zwei davon sind beigeordnete Minister ohne eigenes Ministerium. Insgesamt elf, darunter die sogenannten strategischen Ministerien, gingen an den PDS, die liberale Partei des Staatspräsidenten Wade. Zu nennen sind hier die Ressorts Verteidigung, Wirtschaft, Energie, Landwirtschaft, Fischfang, Umwelt, Jugend und Tourismus.

Der Reduzierung der Zahl der Ministerien fiel nach dem Dezentralisierungsministerium, das bereits im März aufgelöst worden war, nun auch das Kommunikationsministerium zum Opfer. Die bisher separaten zwei Ministerien Jugend und Umwelt wurden mit einem neuen Ressort, dem für öffentliche Hygiene, vereint und werden nun vom bisherigen Minister für Jugend geführt. Die Ressorts Kultur, Tourismus und Freizeit wurden zusammengelegt, und das Ressort Dezentralisierung wurde mit dem dazugehörige Budget einer dem Innenministerium beigeordnete Ministerin übertragen.

Das Ressort Wirtschaft und Finanzen erlebte schon in den ersten zwei Wochen einen Ministerwechsel. Der designierte Minister gab sein Amt wieder ab, als er beschuldigt wurde, in den achtziger Jahren als Geschäftsführer einer staatlichen Gesellschaft Geld veruntreut zu haben.

Die Kleinstparteien der SOPI-Allianz gingen bei den Nominierungen der Minister leer aus, lediglich die Ld/Mpt von Abdoulaye Bathily erhielt wieder zwei Ministerien (Öffentlicher Dienst und Arbeit, Städtebau).

Die nicht der SOPI-Allianz assoziierte, aber dem Präsidenten nahestehende Partei AJ/PADS, die auch bisher schon in der Regierung vertreten war, bekam ebenfalls zwei Ministerien (Industrie, Beziehungen zu den Institutionen).

Die restlichen Ressorts gingen an parteilose Vertreter der Zivilgesellschaft, die sich in ihren Ressorts als Fachleute einen Namen gemacht hatten. Hierzu gehören die Ressorts Justiz, Außenbeziehungen, Inneres, Gesundheit, Erziehung, Transport und Handel.

■ Kabinettsliste

Das neue Regierungskabinett sieht folgendermaßen aus:

Premierministerin	Mame Madior BOYE	parteilos
Armeeminister	Youba SAMBO	PDS
Minister für Wirtschaft und Finanzen	Abdoulaye DIOP	parteilos
Außenminister	Cheikh Tidiane GADIO	parteilos
Justizminister	Basil SENHOR	parteilos
Innenminister	Mamadou NIANG	parteilos
Minister für Handwerk und Industrie	Landing SAVANE	AJ / PADS
Minister für Erziehung	Moustapha SOURANG	parteilos
Ministerin für soziale Entwicklung und nationale Solidarität	Aminata TALL	PDS
Minister für Bergbau, Energie und Hydrologie	Macky SALL	PDS
Ministerin für Gesundheit	Awa Marie COLL-SECK	parteilos
Minister für Ausrüstung und Transport	Youssef SAKHO	parteilos
Minister für Landwirtschaft und Viehzucht	Pape DIOUF	PDS
Minister für Jugend, Umwelt und öffentliche Gesundheit	Modou Fada DIAGNE	PDS
Minister für Fischereiwesen	Cheikh Saadibou FALL	PDS
Minister für öffentlichen Dienst, Beschäftigung und Arbeit	Yéro DEH	LD / MPT
Minister für Sport	Joseph NDONG	PDS
Ministerin für Mittelstand und Handel	Aicha AGNE POUYE	parteilos
Minister für Städtebau und Gebietsverwaltung	Seydou SALL	LD / MPT
Ministerin für Familie und Kinder	Awa GUEYE KEBE	PDS
Minister für technische und Berufsausbildung, Alphabetisierung und nationale Sprachen	Bécaye DIOP	PDS
Minister für Kultur, Tourismus und Freizeit	Mamadou MAKALOU	PDS
Minister für die Verbindungen zu den gewählten Versammlungen	Mamadou DIOP Decroix	AJ / PADS
Dem Finanzminister beigeordneter Minister für Budgetfragen	Cheikh Hadjibou SOUMARE	parteilos
Dem Innenminister beigeordnete Ministerin für Gebietskörperschaften	Thiéwo CISSE DOUCOURE	parteilos

■ **Prioritäten bei der Regierungsbildung**

Bei Regierungsbildungen in Senegal müssen neben politischen auch andere Parameter berücksichtigt werden, die dem Außenstehenden nicht automatisch ins Auge fallen. So gilt es nicht nur, den Forderungen der Mitglieder der Regierungspartei in allen zehn Regionen und den wichtigsten Koalitionspartnern gerecht zu werden.

Senegal ist ein Staat mit sechs großen Ethnien und Sprachen, die alle in der Regierung vertreten sein müssen. Beispielsweise stammen der Verteidigungs- und der Industrieminister aus zwei verschiedenen Ethnien des südlichen Landesteils (Diola, Manding), der Justizminister und der Sportminister sind Serer, die die Küstenregionen im mittleren Landesteil bewohnen, die Ministerien für Soziale Entwicklung und Städtebau gingen an Vertreter der Senegalflussregion im Norden (Toucouleur, Fulbe). Inneres, Familie und Berufsbildung werden von Ministern der Wolof-Ethnie besetzt, der auch der Präsident entstammt. Wolof ist zwar die von den meisten Senegalesen gesprochene Sprache, aber bei wichtigen Entscheidungen legen alle Ethnien Wert darauf, dass auch ihre Sprache und Kultur berücksichtigt werden.

Weiterhin wurde bei den Regierungsbildungen seit Senghor immer darauf geachtet, dass die christliche Minderheit (fünf Prozent der Bevölkerung) vertreten ist. Die Christen, hauptsächlich katholischer Konfession, bilden zwar nur einen kleinen Bevölkerungsteil, sind aber in der senegalesischen Elite (Bildung, Wissenschaft, Politik) überproportional vertreten. In der neuen Regierung sind drei Minister christlichen Glaubens (Justiz, Gesundheit, Sport).

■ **Frauen in Entscheidungspositionen**

Nach der Entlassung des Premierministers Moustapha Niassa im März dieses Jahres und dem Rücktritt aller Minister seiner Partei, der Allianz der Fortschrittskräfte AFP, ernannte Wade zum ersten Mal in Senegal mit der Richterin Mame Madior Boye eine Frau zum Premierminister. Die Nominierung der parteilosen Justizministerin auf den höchsten Kabinettsposten wurde als strategischer Schachzug Wades gewertet. Einerseits wurde so keine Partei der ohne-

hin schon angeschlagenen Regierungskoalition bevorzugt oder benachteiligt und andererseits war die Ernennung einer Frau eine Referenz an die weibliche Wählerschaft Senegals.

Seit langem fordern die großen Frauenorganisationen einen Frauenanteil von 30 bis 40 Prozent in der Regierung und den gewählten Vertretungen. Diesen Forderungen kam Wade entgegen, wenn er mit seinem Kabinett, in dem einschließlich der Premierministerin sechs Frauen vertreten sind, auch hinter der geforderten Quote zurückbleibt.

Mit Aminata Tall als Ministerin für Entwicklung und nationale Solidarität wurde erwartungsgemäß eine PDS-Militantin der ersten Stunde und Vertraute Wades wiederernannt. Awa Gueye Kébé ist ebenfalls PDS-Ministerin, sie wurde für das Ressort Familie und Kinder wiederernannt. Die weiteren Ministerinnen entstammen jedoch ausnahmslos der Zivilgesellschaft, wie die Premierministerin.

Die Gesundheitsministerin, Awa Marie Coll Seck, war zuvor Professorin an der medizinischen Fakultät Dakar und zum Zeitpunkt ihrer Ernennung im Aids-Departement der Vereinten Nationen tätig. Aicha Agne Pouye bekam das Ressort für Klein- und Mittelunternehmen und Handel, auch sie wurde auf Grund ihrer fachlichen Qualifikation für diesen Posten ausgewählt.

Die dritte aus der Zivilgesellschaft stammende Frau gilt ebenfalls als Expertin auf ihrem Gebiet, der Territorialverwaltung. Marième Thiewo Cissé Doucouré ist die dem Innenminister zugeordnete Ministerin für Gebietskörperschaften. Sie besetzt damit zwar kein Vollministerium, nimmt aber im Hinblick auf die geplante umfassende Gebietsreform eine Schlüsselrolle in der neuen Regierung ein.

■ **Fachkompetenz und Erfahrung**

Mit der parteilosen Premierministerin Boye an der Spitze wurden im Kabinett auch andere Schlüsselministerien an Technokraten vergeben. Die Ernennung eines parteilosen Justizministers ist als Bekenntnis zur Gewaltenteilung und absoluten Neutralität der Justiz gemeint. Der neue Justizminister Basile Senghor, aus dem katholischen Bevölkerungsteil Senegals stammend und renommierter ehemaliger Richter,

scheint für diese Aufgabe bestens geeignet. Er hat seine Laufbahn als Botschafter beendet, nachdem er die Funktionen als Generalstaatsanwalt, Generalberufungsanwalt und Generalstaatsanwalt des Obersten Gerichtshofes ausgeübt hatte. Ihm obliegt nun eine umfassende Justizreform, die vor allem den Forderungen nach schnellerer Bearbeitung juristischer Vorgänge und nach besseren Arbeitsbedingungen für die Justiz erfüllen soll.

Die Fortführung des Innenministerium durch den General Niang entspricht einer jüngeren senegalesischen Tradition. Auch zu Zeiten der Regierung von Abdou Diouf wurde ein parteiloser unpolitischer General (in Senegal hat das Militär weder aktives noch passives Wahlrecht) für diesen Posten ausgewählt. Auf diese Weise soll die Neutralität des Amtes insbesondere bei Wahlvorbereitung und -durchführung gewahrt werden.

Auch die Ministerien für Außenbeziehungen, Transport und Budget gingen an parteilose Fachminister. Berufserfahrung und fachliche Qualifikation stand bei allen Ernennungen im Vordergrund. Der Außenminister Cheikh Tidiane Gadio wurde wiederernannt, und die Nominierung des Professors Moustapha Sourang als Bildungsminister war ebenfalls keine Überraschung. Sourang, bis dato Rektor der Universität Cheikh Anta Diop in Dakar, ist als konzilianter und dialogbereiter Modernisierer der Universität bekannt. Er war 15 Jahre Leiter der Juristischen Fakultät und hat nun die schwierige Aufgabe, die turbulenten Studentenbewegungen der letzten Jahre zu beruhigen und zu kanalisieren.

Wenn Staatschef Wade es bei der Regierungsbildung auch nicht allen recht machen konnte, hat er zumindest versucht, keine Sensibilitäten zu verletzen. Wade ist es gelungen, durch Ressortzusammenlegungen und Neuaufteilungen die Anzahl der Ministerien auf 24 zu verringern und somit eines seiner Wahlversprechen zu erfüllen. Die Regierung weist nur 13 parteizugehörige Minister (s.o.) auf, die anderen elf Ministerien werden von sogenannten Technokraten besetzt. Wade wollte offensichtlich die Dominanz seiner Partei nicht allzu deutlich hervortreten lassen, ebenfalls konnte er die zahlreichen koalierenden Parteien nicht berücksichtigen – die Lösung war die Ernennung von unpolitischen Spezialisten in den Fachministerien.

■ Parlamentswahlen Senegal 2001 Ergebnisse

Eingeschriebene Wähler	2804352
Abgegebene Stimmen	1889928
Ungültige Stimmen	11082
Abgegebene gültige Stimmen	1878846
Wahlbeteiligung:	67,39 %
Quotient National (Rechnerisch erforderliche Stimmenzahl für einen der proportional zu vergebenden Sitze)	34160

Liste	Stimmen	Prozent	Sitze			voller Name der Partei	(Rest)
			dir.	prop.	Total		
SOPI	931617	49,5845	62	27	89	Coalition SOPI (Bündnis aus PDS und anderen kleinen Parteien)	9297
PS	326126	17,3578		10	10	Parti Socialiste	18686
AFP	303150	16,1349	2	9	11	Alliance des Forces de Progrès	29870
And Jef/ PADS	76102	4,0505		2	2	And Jef Parti Africain pour la Démocratie et le Socialisme	7782
URD	69109	3,6783	1	2	3	Union pour le Renouveau Démocratique	789
PLS	17240	0,9176		1	1	Parti Libéral Sénégalais	
PPC	17122	0,9113		1	1	Parti pour le Progrès et la Citoyenneté	
Jef Jel	15048	0,8009		1	1	Alliance Jef Jel	
RND	13286	0,7071		1	1	Rassemblement National Démocratique	
PIT	10854	0,5777		1	1	Part de L'Indépendance et du Travail	
RES Les verts	10546	0,5613				Rassemblement des Ecologistes du Sénégal	
UDFP	10395	0,5533				Union Démocratique des Forces Patriotiques Progressistes	
MRDS	10341	0,5504				Mouvement de la Réforme pour le Développement Social	
MDC	8925	0,4750				Mouvement des Citoyens pour une Démocratie de Développement	
PRC	8719	0,4641				Parti de la Renaissance et de la Citoyenneté	
FSD/BJ	7923	0,4217				Front pour le Socialisme et la Démocratie / Benno Jubel	
PPS	6832	0,3636				Parti Populaire Sénégalais	
BCG	6251	0,3327				Bloc des Centristes Gaindé	
PSD/JANT-BI	5298	0,2820				Parti Social Démocrate / jant Bi	
MDS/NU	5142	0,2737				Mouvement pour la Démocratie et le Socialisme Niaux/Jarinou	
UPR	4841	0,2577				Union pour la République	
MRS	4149	0,2208				Mouvement Républicain Sénégalais	
PAI	3682	0,1960				Parti Africain pour l'Indépendance	
PARENA	3351	0,1784				Parti pour la Renaissance Africaine	
RTA-S	2797	0,1489				Rassemblement des Travailleurs Africains - Sénégal	
TOTAL	1878846	100	65	55	120		

Nach dem „Prinzip des größten Restes“ waren sieben Sitze zu verteilen, je einer ging an AFP und PS, die anderen an die kleinen Parteien.